

Die Opposition gewinnt die Parlamentswahlen in Mazedonien

Am 15. September waren 1,64 Millionen Bürger in der Republik Mazedonien aufgefordert, ein neues Parlament zu wählen. Ein Jahr nach der Unterzeichnung des Rahmenabkommens von Ohrid, das die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den Terroristen der UCK und den staatlichen Sicherheitskräften im Land beendete, ist das oppositionelle Wahlbündnis „Gemeinsam für Mazedonien“ als deutlicher Sieger aus diesen vierten freien Parlamentswahlen hervorgegangen. Das Bündnis, bestehend aus der sozialdemokratischen Partei SDSM, der liberalen Partei LDP sowie einer Reihe von kleineren ethnischen Parteien, setzte sich dabei gegen die seit 1998 regierende national-konservative VMRO-DPMNE¹⁾ mit ihren Partnern Liberale Partei (LP) und der Partei Nova Demokratia (ND) durch.

Nach der krisenhaften Situation des vergangenen Jahres, als Mazedonien am Rand eines Bürgerkriegs stand, sind die Wahlen sowohl von den Menschen im Land als auch von der internationalen Gemeinschaft mit Spannung erwartet worden. Bis zuletzt gab es eine heftige Diskussion zwischen Regierung und Opposition über den Zeitpunkt der Wahlen. Während die SDSM bereits seit September 2001 wiederholt vorgezogene Neuwahlen gefordert hat, ist es Premierminister Ljubcho Georgievski (VMRO-DPMNE) und Parlamentspräsident Stojan Andov (LP) gelungen, ihre volle Amtszeit bis zum ursprünglich vorgesehenen Ende der Legislaturperiode auszufüllen.

Ein Jahr nach der Unterzeichnung des Rahmenabkommens in Ohrid, das die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen UCK und den staatlichen Sicherheitskräften beendete, hat bei den Parlamentswahlen am 15. September 2002 in Mazedonien das oppositionelle Wahlbündnis „Gemeinsam für Mazedonien“ nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt. Damit erhält die postkommunistische SDSM zum dritten Male nach 1992 und 1994 den Auftrag der Regierungsbildung. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen und politischen Situation in der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik tritt deren Vorsitzender Branko Crvenkovski kein leichtes Erbe als Premierminister an.

1) Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die Mazedonische Nationale Einheit.

2) Gerhard Plott, in: *Der Standard*, 17.8.2001.

■ Das Wahlsystem

Noch im Frühjahr dieses Jahres ist das Wahlsystem vom personalisierten Verhältniswahlrecht nach deutschem Vorbild zum reinen Proporzwahlrecht geändert worden. Demnach ist die Republik Mazedonien nun in sechs gleich große Wahlbezirke mit je 272 000 Wählern unterteilt. Aus diesen werden jeweils zwanzig Kandidaten ins Parlament gewählt. Daneben gibt es innerhalb der Bezirke eine Dreiprozenthürde, so dass sich kleinere Parteien gezwungen sahen, mit den etablierten Kräften bereits im Vorfeld Wahlbündnisse einzugehen, um ihre Chance auf den Einzug ins Parlament zu wahren. So ergaben sich auf mazedonischer Seite zwei politische Blöcke, die auf der einen Seite von der postkommunistischen SDSM und auf der anderen Seite von der national-konservativen VMRO-DPMNE angeführt wurden.

Auf albanischer Seite hingegen sind vier Parteien unabhängig voneinander in die Wahlen gegangen. Neben den beiden etablierten Parteien, der Demokratischen Partei der Albaner (DPA) und der Partei der Demokratischen Prosperität (PDP), ist vor allem das Auftreten der erst vor wenigen Monaten gegründeten Demokratischen Union für Integration (DUI) des ehemaligen UCK-Führers Ali Ahmeti von allen Seiten mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden.

■ Ali Ahmeti – vom Rebellen zum politischen Führer

Der 43-jährige Ahmeti gilt als „UCK-Mann der ersten Stunde“.²⁾ Aus der westmazedonischen Gemeinde Kicevo stammend, gelangte Ali Ahmeti während seines später abgebrochenen Pädagogikstudiums an der Universität in Pristina in den Dunstkreis von albanischen Separatisten. Bald trat er der secessionistischen Organisation „Marxisten-Leninisten des Kosovo“ bei. Nachdem Ahmeti für sein politisches Engagement einige Monate ins Gefängnis musste, flüchtete er in die Schweiz, wo er auf eine gut organisierte albanische Gemeinde traf. In seinem Schweizer Exil trat er der illegalen „Bewegung für eine albanisch-sozialistische Republik in Jugoslawien“ bei, aus der später die „Befreiungsarmee für das Kosovo“ (UCK) hervorging. Seine Stunde schlug schließlich, als sich

die UCK im Kosovo nach der NATO-Intervention im Jahr 1999 offiziell auflöste. Unter dem bekannten Namen sammelte er zahlreiche ehemalige Kampfgefährten um sich, die nicht in die neuen politischen und gesellschaftlichen Strukturen des Kosovo integriert werden konnten. Bereits Ende des Jahres 1999 begann die neuformierte UCK mit ihren ersten gezielten Übergriffen auf Polizeistationen im Grenzgebiet zwischen dem Kosovo und der unabhängigen Republik Mazedonien.

Der trotz seiner mazedonischen Wurzeln in seinem Heimatland bis zum Frühjahr 2001 relativ unbekannte Ali Ahmeti hatte im Zuge des bewaffneten Konflikts zwischen UCK und mazedonischen Sicherheitskräften im Norden des Landes in der albanischen Bevölkerung einen hohen Grad an Popularität erlangt, nachdem er mehr und mehr die politische Führungsrolle auf Seiten der Angreifer einnahm. Auch wenn Ahmeti selbst nicht an den Verhandlungen zum Ohrider Rahmenabkommen vom 13. August 2001 teilnehmen durfte, wurden ihm und seinen Kämpfern in erster Linie die im Abkommen festgehaltenen Verfassungs- und Gesetzesänderungen für mehr Rechte der albanischen Bevölkerungsminderheit in Mazedonien zugerechnet.

Seine wachsende Popularität versuchten zunächst die etablierten Parteien, allen voran die DPA, für ihre Zwecke zu nutzen. Im September 2001 bot der bislang unangefochtene Vorsitzende der DPA und wichtigste Führer der Albaner in Mazedonien, Arben Xhaferi, Ali Ahmeti die Aufnahme in seine Partei und über kurz oder lang seine Nachfolge an. Die Anwerbeversuche blieben jedoch ohne Erfolg. Am 5. Juni 2002 fand der Gründungskongress der Demokratischen Union für Integration (DUI) vor einigen Hundert Delegierten aus Skopje und der gesamten Region Westmazedonien in Tetovo statt. Zum Vorsitzenden der Partei wurde Ali Ahmeti gewählt. Neben dem prominenten Ex-UCK-General Gëzim Ostremi und der anerkannten Hochschulprofessorin Teuta Arifi gehören bekannte Albaner aus dem gesamten westmazedonischen Raum dem Vorstand der neuen Partei an. Abgesehen von der Popularität Ahmetis wuchs gerade aus dieser geographischen Breite der DUI eine direkte Konkurrenz zu den vor allem auf Tetovo und Skopje fokussierten Parteien DPA und PDP. Das zen-

3) Vgl. James Pettifer, „Ali Ahmeti and the New Albanian Political Party in FYROM“, in: *Südosteuropa*, 51. Jg., 1–3/2002, S. 88–92.

trale Element des Parteiprogramms ist die rasche Umsetzung der Inhalte des Ohrider Rahmenabkommens sowie die weitere Privatisierung der mazedonischen Wirtschaft. Weiter wird eine Kantonisierung bzw. Teilung der Republik Mazedonien abgelehnt.³⁾ Ahmeti selbst versäumt es nicht, sich bei jeder Gelegenheit als Sozialdemokrat zu bezeichnen, was nun nach der Wahl einzig die Bildung einer Koalitionsregierung zwischen DUI und SDSM zulassen würde.

■ **Der Wahlkampf der Albaner – zwischen Radikalisierung und Integration**

Während sich die Popularität Ahmetis auf seinem Engagement auf Seiten der UCK für mehr Rechte der albanischen Bevölkerung begründet, war dies gerade das ausschlaggebende Moment für dessen Ablehnung durch die mazedonische Bevölkerungsmehrheit. Im gesamten Wahlkampf war Ahmeti die Reizfigur auf albanischer Seite. Trotz seines bewusst zurückhaltend geführten Wahlkampfes sehen die Mazedonier in seiner Person den Terroristen, der im vergangenen Jahr den Staat an den Rand seiner Existenz manövrierte. Anders als die DPA vermied die DUI daher bewusst die Verwendung jeglicher albanischer Symbole wie beispielsweise des schwarzen Doppeladlers, um nicht weiter die Ängste der Mazedonier vor einer Albanisierung ihres Staates zu schüren. Die Wahlplakate waren in dunkelblau gehalten und enthielten neben dem Namen der Partei meist nur das Konterfei ihres populären Führers.

Anders ging die DPA in ihrem Wahlkampf vor. Obwohl Arben Xhaferi die Verhandlungen in Ohrid mit der internationalen Gemeinschaft geführt hatte und schließlich zu dem bekannten für die Albaner erfolgreichen Abschluss brachte, gelang es ihm nicht, diesen Erfolg für sich zu verbuchen. Über all seinem Tun hing der Schatten des sehr viel jüngeren Ali Ahmeti, dem binnen sechs Monaten das gelang, worauf die Albaner seit der Staatsgründung Mazedoniens im Jahr 1991 vergeblich gehofft hatten. Daher versuchte Xhaferi, nun mit einer umso nationalistischeren Kampagne Boden gegenüber der DUI gut zu machen. Prominenten und nicht minder gefürchteten UCK-Führern wie Daut Rexhepi (alias Comander

Leka) und Sheval Etemi (alias Comander Valoni) wurden hochrangige Posten innerhalb der Partei angetragen, um so ebenfalls von deren zweifelhaftem Ruhm als unerschrockene Kämpfer für die Rechte der Albaner zu profitieren. Daneben zierte ausschließlich die dunkelrote Parteiflagge mit dem albanischen Doppeladler die Straßen Tetovos. Auf dem Wahlplakat waren neben den dunkelrot eingefärbten Umrissen Mazedoniens, die gegen Kosovo und Albanien hin zu verschwinden schienen, lediglich die Flaggen der NATO, der EU sowie der USA zu sehen.

Einzig die Nationaldemokratische Partei (NDP) von Kastriot Haxhirexha verfolgte in ihrem Wahlkampf einen noch radikaleren Kurs als die DPA. Bereits im August 2001 lehnte Haxhirexha das Rahmenabkommen von Ohrid als den Forderungen der Albaner nicht ausreichend entsprechend ab. In seinen Wahlkampfreden forderte er eine Föderalisierung des Landes und noch weitreichendere Rechte für die Albaner.

Einen Schlingerkurs fuhr die PDP seit dem Frühjahr 2001. Bereits als die ersten Angriffe der UCK auf Einrichtungen der mazedonischen Sicherheitskräfte im Grenzgebiet zum Kosovo bekannt wurden, sah der damalige Vorsitzende der PDP, Imer Imeri, die Chance gekommen, seine Partei innerhalb der albanischen Bevölkerung neu zu positionieren. Seit den Parlamentswahlen 1998 hatte die PDP bei allen nachfolgenden Wahlen Stimmen an die DPA verloren und drohte, in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Daher nahm er sich zunächst des Vokabulars der Terroristen an und verstand sich als politischer Arm der UCK in Mazedonien. Als schließlich aber auch Xhaferi aus den Angriffen der UCK politisch Kapital zu schlagen begann, hatte seine Partei erneut die Rolle eines Statisten inne. Im Wahlkampf 2002 trat die PDP mit ihrem neuen, als gemäßigt geltenden Vorsitzenden Aburrahman Aliti an. Dieser versuchte sich nun stärker an der Strategie der Konflikte vermeidenden DUI zu orientieren. In ihrem Wahlkampf trat die Partei sehr viel moderater auf als etwa die DPA oder die NDP. Auf ihren Kandidatenlisten fanden sich daher neben Albanern auch Türken und mazedonische Muslime.

■ Der Wahlkampf der Mazedonier – „Mazedonien für Dich“ oder „Gemeinsam für Mazedonien“

Auf mazedonischer Seite kam es erneut zum Duell der beiden großen Rivalen Ljubcho Georgievski (VMRO-DPMNE) und Branko Crvenkovski (SDSM). Beide, zwar noch keine vierzig Jahre alt, dominieren seit zehn Jahren das politische Geschehen in Mazedonien. Branko war bereits seinerzeit als jüngster Regierungschef der Welt von 1992 bis 1998 Premierminister seines Landes. Im Jahr 1998 schließlich tat es ihm der noch mal vier Jahre jüngere Georgievski gleich, als es ihm gelang, seine Partei zur stärksten politischen Kraft in Mazedonien zu machen.

Als 1998 Georgievskis VMRO-DPMNE gemeinsam mit der Partei der Demokratischen Alternative (DA) und der albanischen DPA eine Koalitionsregierung bildete und damit nach sechs Jahren politischer und wirtschaftlicher Stagnation die postkommunistische SDSM ablösen konnte, schien der *wind of change* mit einiger Verspätung nun auch in der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien angekommen. Verheißungsvoll packte die neue Regierung längst überfällige Reformvorhaben an, wie beispielsweise die Privatisierung der Staatsbetriebe, die Entschlackung der aufgeblähten Verwaltung, die Reform der lokalen Selbstverwaltung und des Rentensystems.

Mit großem Interesse ist das Arbeitsverhältnis der beiden widersprüchlich erscheinenden Koalitionspartner national-mazedonische VMRO-DPMNE einerseits und national-albanische DPA andererseits verfolgt worden. Doch die erwarteten Spannungen blieben zunächst aus. Entgegen aller Erwartungen vollzogen beide Parteien eine pragmatische Wende. Die DPA wurde mit einer guten Anzahl nicht unbedeutender Regierungsämter ausgestattet. Zahlreiche politische Gefangene wurden aus den Gefängnissen entlassen. Daneben wurde die Zahl der albanischstämmigen Verwaltungs- und Polizeibeamten stetig angehoben, um über kurz oder lang eine proportionale Verteilung gemäß der Bevölkerungsstruktur zu erreichen. Im Bereich der schulischen Infrastruktur sind dem albanischen Koalitionspartner eine Reihe von Zugeständnissen gemacht worden. An den Uni-

versitäten in Skopje und Bitola ist ein Programm zur *affirmative action* implementiert worden, das langfristig den Anteil der albanischen Studenten auf 23 Prozent anheben sollte. Nicht zuletzt ist mit internationaler Unterstützung durch die Gründung der dreisprachigen Southeast European University (SEE) in Tetovo ein Kompromiss in der weiterführenden Ausbildung von albanisch-stämmigen Akademikern gefunden worden. Das neue Gesetz zur Dezentralisierung der lokalen Selbstverwaltung lag im Parlament ebenfalls seit gut einem Jahr vor und sollte ursprünglich bereits im Sommer 2001 verabschiedet werden, bevor die Angriffe aus den Bergen um Tetovo und Kumanovo die Regierungsarbeit für Monate lähmte. Ebenfalls sind auf dem Gebiet der lokalen Fernseh- und Rundfunkanstalten in den vergangenen drei Jahren erhebliche Fortschritte erzielt worden. Georgievski wählte sich schließlich im März 2001 auf dem Zenit seiner Regierungsarbeit, als er mit der Europäischen Union ein Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen für die Republik Mazedonien unterzeichnen durfte.

Zeitgleich mit der Würdigung der mazedonischen Anstrengungen durch die EU fielen die ersten Schüsse auf das Grenzdorf Tanusevci zwischen Mazedonien und dem Kosovo. In den folgenden Monate sollte die mazedonische Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen. Das Land, das noch im Jahr 1999 in einer beispiellosen Aktion 300000 Flüchtlinge aus dem Kosovo aufgenommen hatte, wurde nun selbst zum Mittelpunkt von Flüchtlingsbewegungen aus dem Westen in die Hauptstadt Skopje oder weiter nach Ostmazedonien. Sechs Monate lang lieferten sich die UCK-Terroristen und die mazedonischen Sicherheitskräfte zum Teil heftige Gefechte in den Bergen zum Kosovo und Südserbien. Bis auf zehn Kilometer kamen die Angreifer in die Nähe der Hauptstadt Skopje. Einzig dem dauerhaften Einsatz von NATO-Generalsekretär George Robertson und dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik des Europäischen Rates Javier Solana sowie dessen Sonderbeauftragten für Mazedonien François Leotard, der später von Alain Le Roy abgelöst wurde, ist es zu verdanken, dass nicht auch die letzte der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken im Bürgerkrieg versank. Auf Druck der internationalen Vermittler kam

es schließlich am 13. August 2001 in Ohrid zwischen den Vertretern der jeweils beiden größten mazedonischen und albanischen Parteien zur Unterzeichnung eines sogenannten Rahmenabkommens, das die Voraussetzung zur Niederlegung der Waffen der UCK und zur Rückkehr zum Frieden in Mazedonien schuf.

■ **Das Rahmenabkommen von Ohrid als Hypothek für die Regierung**

Das Rahmenabkommen enthielt weitreichende Zugeständnisse an die albanische Bevölkerungsminderheit, wie beispielsweise die Anerkennung der albanischen Sprache als zweiter Staatssprache in den Landesteilen, in denen die Albaner über 20 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen, oder die verfassungsrechtliche Gleichstellung der islamischen Religionsgemeinschaft mit der Mazedonisch-Orthodoxen Kirche.⁴⁾ Daneben fixierte das Abkommen bereits in der Vorbereitung bzw. im Prozess der Umsetzung befindliche Vorhaben der Regierung wie die Dezentralisierung des Staates und eine angemessene Berücksichtigung der albanischen Bevölkerung bei der Stellenausschreibung in Polizei, Militär und Verwaltung. Im Ergebnis verlieh das Rahmenabkommen längst bestehenden Forderungen der albanischen Parteien nochmals Nachdruck und erwirkte eine Beschleunigung von bereits im Prozess der Umsetzung befindlichen Reformvorhaben. Seit der deutlichen Zustimmung zum Rahmenabkommen im November lastete gerade diesen Reformprojekte seitdem der Beigeschmack der Niederlage an. Aus mazedonischer Sicht war dies umso bitterer, da das Gros der Bevölkerung sich sicher war, die albanischen Terroristen ohne fremde Einmischung auf dem Schlachtfeld besiegen zu können. So waren schnell in der internationalen Gemeinschaft, allen voran in den Amerikanern, die Schuldigen für die Ursachen der Krise ausgemacht, die im Kosovo nie die UCK unter ihre Kontrolle bringen konnten. Nachdem schließlich auf massiven Druck von Seiten der EU und der USA die Regierung zur Unterzeichnung des Rahmenabkommens gedrängt worden war, mutete das Abschlussdokument für viele Mazedonier daher wie ein „Versailer Diktat“ an, dessen Inhalt ihnen oktroyiert worden war.

4) Vgl. zu den Details des Rahmenabkommens: Ulf Brunnbauer, „Doch ein historischer Kompromiss? Perspektiven und Probleme der Verfassungsreform in Makedonien“, in: *Südosteuropa*, 50. Jg., 7–9/2001, S. 346–367.

Das Paradoxe im Wahlkampf 2002 ist vor allem in der unterschiedlichen Wahrnehmung des Auftretens der VMRO-DPMNE zu sehen. Während die internationale Gemeinschaft wiederholt die nationalistische Rhetorik des Parteivorsitzenden und Premierministers Ljubcho Georgievski und seines Innenministers Ljube Boskovski kritisierte, warfen die Mazedonier der Regierung vor, durch die Unterzeichnung des Rahmenabkommens nicht die nationalen Interessen des Staates gewahrt zu haben. Fast trotzig klang daher der Slogan „Kopf hoch – Mazedonien für Dich“, mit dem die Partei auf Stimmenfang ging. Trotz eines professionell geführten Wahlkampfes gelang es der Regierung nicht, auf die Errungenschaften ihrer Amtszeit hinzuweisen. Aufgrund des anfänglichen Vertrauens in die Georgievski-Administration und deren Politik der Öffnung des Landes für ausländische Firmen stieg beispielsweise das Investitionsvolumen im Zeitraum 1999 bis 2002 von 30 Millionen US-Dollar (1993–1998) auf 217 Millionen US-Dollar an. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum betrug in den vergangenen drei Jahren trotz der Krise im Jahre 2001 durchschnittlich 1,9 Prozent. Zwischen 1993 und 1998 war hingegen die wirtschaftliche Entwicklung rückläufig, und es gab ein Minuswachstum von durchschnittlich 0,8 Prozent. Die Inflationsrate stabilisierte sich dank der umsichtigen Finanzpolitik des Finanzministers Nikola Gruevski bei durchschnittlich 3,5 Prozent im Vergleich zu 52,9 Prozent zwischen 1993 und 1998.⁵⁾ Zu weit lag jedoch der März 2001 zurück, in dem die Leistung der Regierung Georgievski von der Europäischen Union mit dem Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen gewürdigt worden war. In den Köpfen der Wähler blieb die Krise des Jahres 2001 und deren mangelhafte Bewältigung haften. Daneben nahm die Korruption und der Nepotismus ein bislang nicht gekanntes Ausmaß an. Viele qualifizierte junge Menschen verließen das Land, da sie keine berufliche Perspektive in Mazedonien sahen. Hierin ist schließlich auch das größte Versagen der Regierung Georgievski zu sehen. Im Jahr 1998 trat er das Amt des Premierministers mit dem Versprechen an, endlich Schluss zu machen mit dem korruptierten sozialistischen System, das die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung in Mazedonien über

5) Angaben nach dem Staatlichen Amt für Statistik und der Nationalbank der Republik Mazedonien.

Jahre hinweg zum Erliegen gebracht hatte. Stattdessen sind an die Stelle der alten Nomenklatura die neuen Machthaber getreten und haben dieses System zu Lasten der Menschen im Land fortgeführt.

Auch darf bezweifelt werden, ob mit der VMRO-Regierung tatsächlich ein Ausgleich mit den Albanern zu erreichen gewesen wäre. Nicht nur, dass die Partei Gespräche mit Ali Ahmeti und dessen DUI rigoros ablehnt, daneben drohte die ausgeprägte Nähe Georgievskis zur orthodoxen Kirche einen zusätzlichen Keil zwischen die überwiegend muslimischen Albaner und die orthodoxen Mazedonier zu treiben. Jüngstes Beispiel ist das auf der Spitze des Vodno, des Hausberges der Hauptstadt Skopje, überdimensionale, nachts hell erleuchtete und von weither sichtbare Kreuz, das der Premierminister unmittelbar vor den Wahlen einweihte. Selbst wenn es stimmt, dass die Planungen für dieses Symbol der Christenheit bereits aus dem Jahr 2000 stammen und als „Millennium Cross“ zum Gedenken der 2000-jährigen Geschichte des Christentums gedacht war, stellt es in dieser hochsensiblen Phase der Republik Mazedonien eine Provokation für die schätzungsweise 400 000 Muslime im Land dar.

So führten gerade diese wiederholt aufgetretenen politischen Aussetzer der Regierung und das anmaßende Verhalten diverser Parteimitglieder, die 1998 über Nacht in verantwortungsvolle Positionen in Staat, Verwaltung und Wirtschaft gelangten, zu der Formierung des Oppositionsbündnisses „Gemeinsam für Mazedonien“ unter Führung der postkommunistischen Sozialdemokratischen Partei. Neben der Liberaldemokratischen Partei (LDP) von Petar Goshev fanden sich hier ebenso die Demokratische Partei der Serben, die Demokratische Partei der Türken, die Demokratische Partei der Bosnier und die Einheitspartei der Roma. Im Wahlkampf machten die Sozialdemokraten um ihren Vorsitzenden Branko Crvenkovski die Regierung im Wesentlichen für den Ausbruch des Krieges verantwortlich. Daneben kritisierte die Opposition den Ausverkauf der mazedonischen Wirtschaft an ausländische Investoren und die damit zusammenhängende Umstrukturierung der meisten maroden Staatsbetriebe, in deren Folge viele Menschen ihre Arbeit verloren. Ebenso kündigte Crvenkovski an, im Falle eines Wahlsieges die begon-

nene Denationalisierung, d.h. die Rückgabe ehemaligen Privateigentums an die ursprünglichen Besitzer, zu stoppen und gegebenenfalls rückgängig zu machen. Mit diesen Ankündigungen traf er zielgenau die Gefühle vieler Mazedonier. Vielen war zwar nach wie vor die Misswirtschaft der ersten sozialdemokratisch geführten Regierung von 1992 bis 1998 in guter Erinnerung, aber dennoch hatten die Menschen insgesamt nach vier Jahren VMRO-Regime das Gefühl, schlechter gestellt zu sein als zum Zeitpunkt des Regierungswechsels.

■ Ausblick nach den Wahlen

Insgesamt wird von allen Seiten der faire, von größeren Unregelmäßigkeiten freie Verlauf der Wahlen gewürdigt. Erstmals ist durch verschiedene Mechanismen versucht worden, zwei- oder mehrfache Wahlgänge von Einzelpersonen zu verhindern. Dies hatte insbesondere in den Reihen der albanischen Bevölkerung in den zurückliegenden Jahren teilweise zu sensationellen Wahlbeteiligungen von 102 Prozent bis 105 Prozent geführt. Zwar ist es aus zeitlichen Gründen nicht mehr zu einer Volkszählung gekommen, wie im Ohrider Rahmenabkommen ursprünglich vorgesehen, um die Zahlen der letzten Messung von 1994 auf den aktuellsten Stand zu bringen, aber es wurde zumindest versucht, im Vorfeld der Wahl die Wählerregister einigermaßen von bereits verstorbenen oder ins Ausland abgewanderten Personen zu bereinigen. Daneben sollten 800 entsandte Kurzzeitbeobachter der OSZE/ODIHR den reibungslosen Gang an die Wahlurnen sowie die anschließende Auszählung gewährleisten.

Das oppositionelle Bündnis „Gemeinsam für Mazedonien“ ging als klarer Gewinner aus der Wahl hervor. Mit 59 gewonnenen Mandaten (40,46 Prozent) fehlten nur zwei Sitze zur absoluten Mehrheit. Die Koalition „Kopf hoch“ aus VMRO-DPMNE, LP und ND errang 24,40 Prozent der Stimmen und erhält damit 34 Sitze im neuen Parlament. Die vier albanischen Parteien ziehen mit zusammen 26 Abgeordneten in die Sobranie ein. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von über 20 Prozent, so dass gemäß der geänderten mazedonischen Verfassung das Albanische als zweite offizielle Amts- und Geschäftssprache eingeführt wird.

■ **Endgültiges Wahlergebnis der Parlamentswahlen vom 15. September 2002 (Wahlbeteiligung 73,4 Prozent)**

Partei / Bündnis	Anzahl Stimmen	Stimmen in Prozent	Sitze im Parlament (insges. 120)
Koalition „Gemeinsam für Mazedonien“ (SDSM, LDP)	494744	40,46	59
Koalition „Kopf hoch“ (VMRO-DPMNE, LP)	298404	24,40	34
Demokratische Union für Integration (DUI)	144913	11,85	16
Demokratische Partei der Albaner (DPA)	63695	5,20	7
Partei für Demokratische Prosperität (PDP)	28397	2,32	2
Nationaldemokratische Partei (NDP)	26237	2,14	1
Sozialistische Partei Mazedoniens (SPM)	25976	2,12	1

Quelle: State election committee

Von den insgesamt 59 gewonnenen Mandaten der siegreichen Koalition erhielten die kleineren ethnischen Parteien je einen Sitz im neuen Parlament. Die LDP zieht mit 13 Abgeordneten in die Sobranie ein (1998: 1). Auf die SDSM entfallen 43 Sitze (1998: 27). Zweitstärkste Kraft im Parlament bleibt nach wie vor die Partei VMRO-DPMNE mit 26 Abgeordneten (1998: 49). Die Liberale Partei des scheidenden Parlamentspräsidenten Stojan Andov kommt auf fünf Sitze (1998: 3), die Partei ND des Außenministers Slobodan Casule wird mit zwei Parlamentariern vertreten sein. Auf mazedonischer Seite ist es einzig der Sozialistischen Partei und ihrem unangefochtenen Vorsitzenden Ljubisav „Dzingo“ Ivanov gelungen, unabhängig von den beiden großen Blöcken ins Parlament einzuziehen.

Am 4. Oktober hat das neue Parlament zum ersten Mal getagt und Nikola Popovski (SDSM) zum Parlamentspräsidenten gewählt. Eine neue Regierung hat sich hingegen auch drei Wochen nach der Wahl noch nicht gebildet. Nachdem Crvenkovski anfänglich etwas gezögert hatte, das Amt des Premierministers erneut zu übernehmen, da er wohl insgeheim auf

die Nachfolge Boris Trajkovskis als Präsident der Republik Mazedonien bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2004 spekuliert, ist er nun vom SDSM-Präsidium einstimmig als Regierungschef nominiert worden. In den nächsten Tagen wird er daher von Trajkovski den Auftrag erhalten, eine neue Regierung zu bilden. Während bereits festzustehen scheint, dass der Liberale Petar Goshev das Finanzministerium leiten wird, stehen hinter den meisten Ministerien noch Fragezeichen.

Mittlerweile haben die Sozialdemokraten unter Leitung der jungen Abgeordneten Radmila Sekerinska und dem stellvertretenden Vorsitzenden der SDSM, Nikola Popovski, erwartungsgemäß Koalitionsverhandlungen mit der albanischen DUI aufgenommen. Noch gestalten sich diese Gespräche schwierig. Zwar verfügt die Partei durch den guten Wahlerfolg über ein entsprechendes politisches Gewicht, aber es wird bereits jetzt deutlich, dass es der DUI an erfahrenen Politikern mangelt. Überzogen ist sicherlich die gewünschte Anzahl der Hälfte der Ministerien bei 16 errungenen Sitzen im Parlament. Ebenso abwegig klingt die Forderung nach der Übernahme des Außen-, Verteidigungs- und Innenministeriums durch die DUI. Ali Ahmeti strebt hingegen kein Ministeramt an. Anfängliche Spekulationen, dass sich der ehemalige UCK-Führer zunächst ins Ausland zurückziehen wird, um die angespannte Atmosphäre zu entemotionalisieren, scheinen sich nicht zu bestätigen. Zwar hat Ahmeti nicht persönlich an der ersten Sitzung des Parlaments teilgenommen, aber auf die parlamentarische Immunität möchte er trotz des Amnestiegesetzes nicht verzichten. Die Gründe für diese Haltung liegen auf der Hand. Erst vor wenigen Tagen übergab die Hauptanklägerin für Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, Carla del Ponte, dem obersten Staatsanwalt der Republik Mazedonien, Stavre Dzikov, eine 19-seitige Begründung für die Übernahme dreier Fälle im Zusammenhang mit der Krise des vergangenen Jahres in Mazedonien in die internationale Gerichtsbarkeit. Die erste Akte beschäftigt sich mit den Verbrechen von zehn UCK-Führer, unter denen sich der heutige Abgeordnete Ali Ahmeti findet.

Zu einem Eklat ist es bereits während der ersten Sitzung des neuen Parlaments gekommen, als der

noch amtierende Parlamentspräsident Stojan Andov zunächst auf die Verwendung der bereitgestellten Simultananlage verzichtete. Da im Parlament mehr als 20 Prozent der Abgeordneten albanischer Volkszugehörigkeit sind, haben diese jedoch das Recht, gemäß der neuen Gesetzgebung in ihrer Muttersprache vorzutragen. Erst als die beiden Abgeordneten Nevzat Halili (PDP) und Agron Budzaku (DUI) von diesem Recht Gebrauch machten und sich auf albanisch an die Volksvertretung wandten, unterbrach Andov die Sitzung und ließ die Kopfhörer der Simultananlage verteilen.

Proteste auf mazedonischer Seite gegen die Regierungsbeteiligung der DUI werden sicherlich nicht ausbleiben. Schon jetzt kündigt der ehemalige Innenminister Ljube Boskovski Widerstand gegen die Regierung an. Wer Boskovski während der Krise im vergangenen Jahr und seine Auftritte auf den Wahlkundgebungen beobachten konnte, weiß, dass dies nicht nur leere Worthülsen sind. Mit der paramilitärischen Einheit „Löwen“ verfügt er auch nach wie vor über ein Mittel, mit dem er jederzeit die Regierung und den politischen Gegner unter Druck setzen kann. Nicht umsonst wird deren Auflösung auch von internationaler Seite lautstark gefordert.

Mazedonien steht im zwölften Jahr seiner Unabhängigkeit vor gewaltigen Herausforderungen. Nicht nur, dass die wirtschaftlichen und sozialen Probleme überwunden werden müssen, vor allem müssen nach einem Jahr der Krisen und Konflikte die Gräben zwischen den Bevölkerungsgruppen zugeschüttet werden. Ereignisse in den letzten Tagen lassen nur erahnen, welch steiniger Weg dieses Land bis zu seiner Stabilisierung noch gehen muss. Am 9. Oktober demonstrierten wütende mazedonische Schüler aus der westmazedonischen Stadt Shemshevo unterstützt von der Mazedonischen Schülervereinigung vor dem Parlamentsgebäude in Skopje gegen die Umbenennung ihrer Schule „Dame Gruev“ nach dem ehemaligen Lehrer und Kollaborateur mit den albanischen Faschisten nach dem zweiten Weltkrieg Jumni Jonuzi. Auf der anderen Seite protestierte in diesen Tagen die neu gegründete Albanische Schülervereinigung gegen die Verlegung von acht Klassen aus Platzmangel von der Skopjoter Schule „Zef Ljus Marku“ in die Grundschule „Makrenko“ im Ortsteil

Suto Orizari. Der ethnische Konflikt zwischen Mazedoniern und Albanern hat nun die nachfolgende Generation erreicht und es wird schwer werden, die Kinder in einem spannungsfreien Umfeld aufwachsen zu lassen.

Die sozialdemokratische Regierung tritt unter diesen Vorzeichen kein leichtes Erbe an. Es müssen nicht nur die Beschlüsse des Ohrider Rahmenabkommens und die damit zusammenhängenden Verfassungsänderungen umgesetzt werden, vielmehr ist von mazedonischer wie von albanischer Seite ein hohes Maß an Sensibilität erforderlich, um die politische Nachfolgeorganisation der UCK in Politik und Gesellschaft zu integrieren. Daneben wird insbesondere Crvenkovski an seiner ersten Amtszeit als Premierminister gemessen werden. Diese war insgesamt nicht von allzu großen Erfolgen gekrönt. So ist der designierte neue Regierungschef in den ersten Tagen seiner Nominierung bewusst an die Öffentlichkeit getreten und hat seine politischen Mitstreiter und Parteigenossen ausdrücklich ermahnt, nicht dieselben Fehler zu begehen, die 1998 zum Verlust der Regierungsmehrheit führten. Die Menschen in Mazedonien werden diese Mahnung mit Interesse aufnehmen, indes richtig glauben wird den Worten zunächst keiner. Zu oft sind sie von ihren Regierungen enttäuscht worden. Daher herrscht allgemein die Meinung vor, dass nicht wirklich das Interesse des Staates im Mittelpunkt des politischen Handelns steht, sondern vielmehr das Eigeninteresse einer korruptierten politischen Klasse. In diesem Punkt sind sich Mazedonier und Albaner ausnahmsweise sehr einig.

■ Ergebnisse nach Wahlbezirken

■ Anhang

1. Skopje (Wahlbeteiligung: 74,6 Prozent)

Partei / Bündnis	Anzahl Stimmen	Stimmen in Prozent	Sitze im Par- lament
Koalition „Gemein- sam für Mazedonien“ (SDSM, LDP)	99506	47,71	12
Koalition „Kopf hoch“ (VMRO-DPMNE, LP)	38093	18,26	5
Demokratische Union für Integration (DUI)	18741	8,98	2
Demokratische Partei der Albaner (DPA)	10904	5,22	1

2. Kumanovo (Wahlbeteiligung: 72,0 Prozent)

Partei / Bündnis	Anzahl Stimmen	Stimmen in Prozent	Sitze im Par- lament
Koalition „Gemein- sam für Mazedonien“ (SDSM, LDP)	81985	40,27	11
Koalition „Kopf hoch“ (VMRO-DPMNE, LP)	36642	18,00	4
Demokratische Union für Integration (DUI)	21781	10,70	2
Demokratische Partei der Albaner (DPA)	11214	5,50	1
Partei für Demokratische Prosperität (PDP)	9090	4,46	1
Nationaldemokratische Partei (NDP)	12643	6,21	1

3. Veles / Stip / Kocani (Wahlbeteiligung: 78,5 Prozent)

Partei / Bündnis	Anzahl Stimmen	Stimmen in Prozent	Sitze im Par- lament
Koalition „Gemein- sam für Mazedonien“ (SDSM, LDP)	99493	45,70	11
Koalition „Kopf hoch“ (VMRO-DPMNE, LP)	73921	33,95	8
Sozialistische Partei Mazedoniens (SPM)	8378	3,84	1

4. Strumica / Prilep (Wahlbeteiligung: 77,3 Prozent)

Partei / Bündnis	Anzahl Stimmen	Stimmen in Prozent	Sitze im Par- lament
Koalition „Gemeinsam für Mazedonien“ (SDSM, LDP)	104 791	48,90	11
Koalition „Kopf hoch“ (VMRO-DPMNE, LP)	80 831	37,72	9

5. Bitola / Ohrid (Wahlbeteiligung: 71,1 Prozent)

Partei / Bündnis	Anzahl Stimmen	Stimmen in Prozent	Sitze im Par- lament
Koalition „Gemeinsam für Mazedonien“ (SDSM, LDP)	78 786	41,50	10
Koalition „Kopf hoch“ (VMRO-DPMNE, LP)	57 683	30,44	7
Demokratische Union für Integration (DUI)	18 746	9,89	2
Demokratische Partei der Albaner (DPA)	8 341	4,40	1

6. Tetovo / Gostivar (Wahlbeteiligung: 71,1 Prozent)

Partei / Bündnis	Anzahl Stimmen	Stimmen in Prozent	Sitze im Par- lament
Koalition „Gemeinsam für Mazedonien“ (SDSM, LDP)	30 183	15,95	4
Koalition „Kopf hoch“ (VMRO-DPMNE, LP)	11 234	5,93	1
Demokratische Union für Integration (DUI)	83 568	44,16	10
Demokratische Partei der Albaner (DPA)	31 823	16,82	4
Partei für Demokratische Prosperität (PDP)	9 614	5,08	1

Das Manuskript wurde am 10. Oktober 2002 abgeschlossen.